

termin erwägen und lehnt den englischen Vorschlag ab, sofort feste Termine für Beilegung zu rügender Wirtschaft und für entsprechende Räumung zu setzen!

Die praktische Frage ist: Wie stellt sich die deutsche Demokratie zu der Verzögerung in der Räumung der Kölner Zone?

Die deutsche Demokratie muß verlangen:

1. Die sofortige und vollständige Veröffentlichung des Kontrollberichts und die Veröffentlichung der Frankfurter Erklärung nach Befreiung vom Mangel in der Räumung der Kölner Zone zu festen Terminen zu willigen.
2. Die Frage der Sicherheit Frankreichs ist von der Räumung der Kölner Zone streng zu scheiden.
3. Die Sicherheit Frankreichs hat zum Gegenstand die Sicherheit Deutschlands, dessen volle Souveränität von schwer bewachten Nachbarn im Westen und Osten sichergestellt gemacht wird.
4. Eine über einen Vertrag hinausgehende, in sich selbst ruhende Sicherung gibt allein eine deutsch-französische Wirtschaftskommunikation.
5. Wie wird die deutsche Demokratie ihre politischen Grundideen leichter verwirklichen können, als wenn sie unter Überwindung der machtpolitischen Verzerrung der deutschen Nation durch den Versaillesfrieden alle Volksglieder unter ihren Farben vereinigen kann, wie die Volkstreue, in national geschlossenen Gebieten leben und durch ihren Anstich auf das Reich kein territoriales oder wirtschaftliches Interesse einer anderen Nation vorziehen.

Die Flucht aus der Wirtschaftspartei

Scharfe Angriffe in der Verammlung der Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe

Am 10. Februar begrüßte die Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe ihre letzten Abend unter Vorsitz des Schatzmeisters Gehre (Wilmersdorf) eine äußerst hart beladene Versammlung im Wirtschaftspark in Wilmersdorf.

Sprecher war der Reichsanwalt Dr. Goppel, der zunächst anmahnte, daß der Parteiführer sei. Er sei lediglich Referent für diese Versammlung. Der Redner besprach dann die auf den Wirtschaftspartei bezügliche Geschichte der Partei der Wirtschaftspartei im Reich und den Kampf der Partei zur Erneuerung der jetzt verfallenen Kräfte von der Wirtschaftspartei gegeben habe.

Das bedeutende Aufheben des Wirtschaftspartei und Reichsministeriums am 1. April 1925.

Es ist richtig, daß der Wirtschaftspartei noch mit dem letzten Rest der Zwangswirtschaft belastet sei. Aber man müsse doch sagen, dieser Teil der Zwangswirtschaft ist unbedingt noch weiter nötig. Denn um die Frage danach zu bejahen, braucht man sich nur die Folgen einer Aufhebung der Wirtschaftspartei vorzustellen. Es besteht noch immer ein bedeutender Wohnungs- und Energie- und eine freie Räumung würde für die meisten eine Wohnungslosigkeit bedeuten. Und vielfach schwerer würde das Schicksal der Wirtschaftspartei treffen, als mit der Aufhebung auch ihre Erben vertrieben werden. Denn wenn sie anderswo aufzusuchen würden, müßten sie natürlich alle Forderungen des neuen Bauwesens erfüllen. Und dadurch müßten sich alle Preise der notwendigen Lebensbedarfsmittel erhöhen.

Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft des Staates, flüchtig als sich ein Lieber, würde bei völliger Freigabe doch nur eine Zwangswirtschaft durch die Handwerker zu Folge haben.

Die Gefahr für die Wirtschaftspartei und für Handel und Gewerbe hat seine Wurzel vor allem in der Wirtschaftspartei dieser Art.

Schon die Art ihrer zahlreichen Zwischenrufe ließ auf eine lebliche Aussprache schließen. Ein gewöhnlicher Vertreter aus Wilmersdorf wandte sich scharf gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Versprechungen nicht erfüllt habe. Während der Rede wurde die Meinung sei, daß dieser Mittelstand heute die Friedensmitte bejahen könne, dann ist er nicht orientiert.

Die unabhängige Presse in Japan

Der junge Journalismus im Land des alten Mannes

Die Geschichte Japans ist in ein neues Stadium getreten. Das neue Kulturvolk des fernen Ostens ist der östlichen Welt, das sich in geringen Zeitabständen stets von neuem im Kampf gegen Brand, Unwetter und Erdbeben zu stellen hat, mühte sich in den letzten Jahrzehnten unter teilweise schweren Erschütterungen des Volksebens die Erkenntnis und modernen Lebensformen der westlichen Kulturwelt zu erwerben. Den wachsenden Erfolg dieser Modernisierung des Landes und seiner Menschen verdankt es zu einem erheblichen Teil seiner fortgeschrittenen, außerordentlich aktiven unabhängigen Presse.

Japan versteht über die junge Generation, die ihre Kräfte im Journalismus sammelt und dort gemeinsam kämpfen läßt, ein Schwere, wie es auf der westlichen Halbkugel leider nicht allzu häufig zu sehen ist. In den europäischen Ländern hat sich — im Gegensatz zu Amerika — der schadhafte Brauch herausgebildet, daß man erst einen wackelnden Silberbar haben muß, um für fähig gehalten zu werden, ein staatslenendes Amt auszuüben. In Japan ist man mit diesem Prinzip soweit gegangen, daß man es öffentlich das Land des alten Mannes genannt hat. Jetzt hat sich die junge Generation im Reich des Mittelalters die Verschlebung und Minderwertigkeit junger Kräfte erhoben. Es steht auf dem Standpunkt, daß die fünf- und zwanzig- und dreißigjährigen sich selber das Haus errichten müssen, in dem sie leben sollen.

Es ist ein harter Kampf zwischen jung und alt. Die bejahrten Nachbarn konnten die Gefahr nicht verkennen, die ihnen von dem jugendlichen unabhängigen Journalismus drohte. Sie wußten sehr wohl, daß die jungen Führerkräfte, die in den Reihen der Zeitungswelt eine ideale Erbschaft haben, die Reaktionen ihrer Blätter nur als eine Schule und eine Sammelstätte betrachten, wo sie angreifen und kämpfen nur auf ihre Stunde warten. Man suchte in jeder Weise gegen die unheimlichen Rebellen vorzugehen. Die Hand des Jenseits sollte eisenschwer auf den unabhängigen Journalisten und erst 1922 fielen einige der Gesetze und Maßnahmen, unter denen die Presse zu leiden hatte. Immerhin ist es noch heute ein befehlendes Diktat der Regierung, von einer Zeitung die Hinterlegung einer bestimmten Geldsumme zu fordern, die man gewissermaßen als Pfand für artiges Benehmen betrachtet. Aber auch in Japan hat das System der allzu rücksichtslosen Unterdrückung nur den Effekt gehabt, die Schätternen fähig und die Unabhängigen angreifbarer zu machen. Die Unabhängigkeit

Weg von der Wirtschaftspartei, hin zur neuen Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe. — Der Vorsitzende des Schneiderverbandes sprach direkt vom Verfall der Wirtschaftspartei an den Kleingewerbetreibenden.

Herr Sabendorf führte aus, daß alle aufgestellten Behauptungen des Berichtes enthielten.

Stürmische Juristen Eidenboff entgegnete, und in weiteren Ausführungen kam der Widerspruch der Kleinen Gewerbetreibenden

zum Ausdruck, den ein vorheriger Redner drohtlich dahin gelenkt hatte.

Daß die Wirtschaftspartei zu einem Anhängel am Schwanz des Landes und des Deutschnationalen geworden sei.

Im Schlußwort rechnete Rechtsanwalt Dr. Goppel in weitläufiger Weise und unter hümlichen Beiläufigkeiten der großen Versammlungsmehrheit mit den gesagten Rednern ab.

Die Ausfagenverweigerung in Leipzig

Verlesung der Untersuchungsprotokolle im Kommunistenprozeß

Nach der Pause erstattete Sachverständiger, Gerichtsmedizinalrat Dr. Thiele sein Gutachten dahingehend, daß der Angeklagte Frage über Kopfbeschwerden, daß aber der Schind objektiven Anhaltspunkt für die Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten vorliegen hat. Nach seiner Überzeugung sei Frage durchaus verhandlungsfähig.

Reichsanwalt Dr. Goppel schloß sich diesen Ausführungen an. Er wandte sich gegen die Vernehmung der Angeklagten, er verweigert aber nicht vor der Ausfage.

Reichsanwalt Dr. Neumann beantragt zum Zwecke der Verweigerung der Verlesung der richterlichen Protokolle.

Vors. Herr Mörsner, es fragt sich, ob Ihr Schweigen Ihren eigenen Interessen entspricht.

Angef. Mörsner: Der Offizialverteidiger kann gar nicht in die Materie eingegriffen sein.

Reichsanwalt Dr. Goppel: Ich möchte mich mit der Angeklagten vertraut.

Angef. Mörsner: Mein Wahlverteidiger hat auch verschiedene Material in Händen, das ich zu meiner Verteidigung brauchen möchte.

Vors. Herr Mörsner: Sie wollen von den Angeklagten ausfragen? Die Angeklagten Diener und König erheben sich.

Vors. Will sonst noch jemand ausfragen? Das Gericht beschließt die Umstellung gleichwohl nicht vorzunehmen, da keine wesentlichen Gründe vorliegen, und R. W. Dr. Schmidt auch Bedenken äußerte, die Vernehmung des Angeklagten König in diesem Stadium der Verhandlung vorzunehmen.

Der Vorsitzende beschloß dann zunächst das politische Protokoll über die Vernehmung Mörsners. Danach gehörte Mörsner der R. W. Dr. höchstens ein halbes Jahr lang an, bis zum 1. April 1923. Beiläufig war Mörsner ein Untervermieter Koppe als Chauffeur tätig. Zahl der Wagen der R. W. Dr. gehörte, war ihm nicht bekannt. Einige Male habe er den Abgenommen Leo W. erf. gefahren, dagegen wisse er nichts davon, daß Wandler gefahren zu haben. Im November 1923 habe Koppe den Wagen verkauft wollen, den er, Mörsner, zu Radig schaffte. Anfang Februar 1924 habe er Neumann fernem gefahren, der den Wagen kaufen wollte. Neumann habe ihn für eine Fahrt nach Frankfurt a. Main verpflichtet, wo der Wagen verkauft werden sollte. Als Gehalt erhielt er 60 Mark für die Woche und 30 Mark Trennungsgeld. Von einem anderen Zwecke ist nicht die Rede gewesen. Wenn eine Schwere eingelegt wurde, erfolgte sie, so habe er sie auf die Anmerkungen unterzogen bezogen.

Vors. Neumann, ist diese Aussage möglich?

Angef. Neumann: Nein!

In dem Protokoll heißt es weiter, daß Mörsner keine Waffen gehabt habe. Er ist aber schon zur Sprache gekommen, daß er einen Revolver hatte. Der ist Ihnen ja auch abgenommen worden.

Angef. Mörsner:

Reinhardt wurde ich eine Erklärung abgeben, wenn mein Rechtsanwalt da ist.

Gegen tritt eine einseitige Aussage ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird der Angeklagte Vesniffe aufgerufen.

Der Angeklagte gibt folgende Erklärung ab: Ich sowie meine Frau stehen unter einer so schweren Last, daß es uns verlohnt sein muß, unsere Verteidiger zu wählen. Die Herren v. Bogomoto und Dr. Simon haben uns das Mandat nicht zurückgegeben, deshalb bitte ich, von unserer Vernehmung in diesem Augenblick abzusehen.

Trotz Vorhalten des Vorsitzenden bleibt der Angeklagte bei seiner Erklärung.

Der Vorsitzende verliest die Protokolle über die Vernehmung des Angeklagten Vesniffe vorlesen, sie ergeben jedoch nichts

wesentlich Neues. Vesniffe erklärt darin, Wegel sei allgemein in der Partei als Vertreter bezeichnet worden, er habe aber nicht gewußt, daß die Berliner Genossen nach Stuttgart gekommen seien, um Wegel zu erleben. Im bezüglichen Briefwechsel habe er nie teilgenommen. Er sollte nur den Berliner Genossen den Wegel zuführen.

Der Anf. Neumann bekräftigt die Darstellung. Im Gegensatz hierzu steht eine protokollierende Aussage des Angeklagten König, wonach Vesniffe ebenfalls eingeweiht war.

Der Anf. König schließt seine Angaben heute dahingehend ab, Vesniffe habe nur den Berliner Genossen Wegel zuführen wollen.

Die Genossen Vesniffe, die hierauf benommen werden soll, erklärt, ebenfalls keine Aussage machen zu wollen.

Sie war nach den Protokollen in der Frauenbewegung der Partei außer tätig. Sie erhielt den Auftrag, für einige Berliner Genossen Quartier zu suchen. Essen und Wein hatten bei ihr auch einmal vorkommen. Weiter heißt es: Die Berliner Genossen hätten ihre Wohnung dann gewissermaßen als Verbindungsstelle benutzt und mehrfach darin Besprechungen abgehalten, ohne daß sie selbst an einer bestimmten Besprechung jemals teilgenommen hätten. Hierauf wird die Verhandlung auf Donnerstag, 9 Uhr, vertagt. Der Vorsitzende bemerkt, daß die Verhandlung auf jeden Fall morgen weitergehen werde, ob die Wahlverteidiger erscheinen oder nicht.

Die Berliner Aktion der Reichsjustizminister

Kein Eingreifen des Reichsjustizministers

Im Reichsjustizministerium hat gestern anlässlich der bekannten Vorfälle im Leipzig-Prozeß, die zu der Entfremdung eines der Verteidiger aus der Sitzung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik sowie eine Abordnung der Strafschlichter der Vereinigung der Berliner Rechtsanwalte vorgeladen. Der Reichsjustizminister hat die Darlegungen der erschienenen Herren entgegengenommen und in seiner Erwiderung zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei den Maßnahmen des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik um eine Art der Rechtspflege handle, die nach der Verfassung irgendwelcher Einmischung seitens der Justizverwaltung entzogen seien.

Gegen die Zentrumsrebelln

Eine Entschließung des Zentrums von Dortmund-Hörde

Dortmund, 25. Februar. (G. A.)

Die Zentrumspartei Dortmund-Hörde hatte zu heute nachmittag die Kreisvorstandsmitglieder des gesamten Bezirks zu einer Sitzung geladen. Als Ergebnis der Aussprache wurde folgende Entschließung von sämtlichen Anwesenden gegen eine Stimme angenommen:

„Der am 25. Februar 1925 verfallene Reichstagsvorstand der Zentrumspartei Dortmund-Hörde spricht Herrn Reichstagsrat A. D. und preußischen Ministerpräsidenten Marx das uneingeschränkte Vertrauen aus. Ebenso spricht der Vorstand den Fraktionen des Reichstags und Landtags das volle Vertrauen aus. Der Vorstand erklärt sich mit dem Beschluß des Landtags in Sachen von Papen und Lohmeyer durchaus einverstanden. Er beharrt auf seine Rechte und verzichtet auf seine Schärfe das Verhalten der beiden Abgeordneten, welche die Fraktion in entsetzlicher Stunde in Stich gelassen haben. Der Vorstand erwartet, daß die Fraktion in ihrer Stellungnahme gegenüber den beiden Abgeordneten fest bleibt.“

bewegung wurde, das Eintreten der neuen Generation für die Frauenzeitung, Zeitschriften mutiger Frauen auf den Plan, die feither in schöner Kameraderie an der Seite der jungen Männer für eine bessere Zukunft kämpften, und schon ist die Entwicklung so weit gediehen, daß von den 1000 Zeitungsstücken und 3000 Zeitschriften Japans ein maßgebender Teil dem unabhängigen Journalismus angehört. Von den zwanzig großen Blättern Tokio und



Skizzen japanischer Journalisten

Der männliche und der weibliche Typ

Stos hat sich unabhängig. Die Zingopresse, die es auch hier, wie in allen anderen Ländern der Erde, gibt, ist in die Verteilung gedrängt.

Japan steht im Zeichen stoffreicher Volksbewegungen, und in allen diesen Bewegungen macht sich die stürmische Tätigkeit des jungen Journalismus bemerkbar. Die Volkstagsgebäude der unabhängigen Presse sind, wie Miriam Beard kürzlich in der „New York Times“ berichtete, Zentren des geistigen und auf allen Gebieten nach Geltung drängenden Volksebens Japans. Große Organisationen stehen hinter manchen dieser Blätter und hatten sie mit vielfachen Mitteln aus. Die Zeitungsgelände verfügen über geräumige Vorles- und Besprechungsräume, Bibliotheken und Ausstellungen. Hier begegnen sich Orient und Okzident in den hervorragenden Rednern ihrer Repräsentanten. Hier konzentriert sich die Gesamtheit des jungen japanischen Schöpferums aller Gebiete, Wirtschaft und Politik, Wissenchaft und Kunst, hier bildet

man über den Bau der Zukunft, hier sind die Hauptquartiere in den Feldzügen gegen die Mächte von gestern, hier bereitet man die großen Demonstrationen und Umzüge vor, die den neuen Volkswillen sichtbar manifestieren, hier leitet man auch kulturelle Wohlfahrtsarbeiten, wie beispielsweise eine Zeitung in Ostafrika einen Bildungsbereich für Blinde gegründet hat, dem Klubräume im Zeitungsgelände zur Verfügung stehen und der über ein eigenes Wohngebiet in Wilmersdorf verfügt. Im vergangenen Jahr unternahm die Journalisten-Union von Japan einen Feldzug für das allgemeine Wahlrecht. Einige Rundgänger wurden vernachlässigt, und es war nur ein Beweis auf dem Beispiel, daß sich eine reaktionäre Vereinigung mit Anknüpfen auf die Demonstrationen hätte, um — wie in gewissen europäischen Ländern auch — das Argument des Mißges fügen zu lassen. Im vergangenen Jahre hielten auch die japanischen Frauenvereinigungen, kräftig zum jungen Journalismus unterstützt, einen Kongreß ab, und die Sitzungsfälle Tokio haben bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gegen die unabhängige Presse mit schweren Anklagen gegen die Redaktionen der „Wan. Scharen von Reportern belegen das Widerauffammern und es hockte Kritiken an den ungenügenden Methoden des Beamtenapparates. Die Entfaltung eines flottenblattes durch die unabhängige Presse brachte das Kabinett Yamamoto zu Fall. Auch das Kabinett Terauchi wurde von einem Zeitungsturm der unabhängigen Journalisten umgeworfen. Und wenn die Waffenfundament im Jahre 1922 aus im Sande verliefen, so haben sie doch den Nutzen des Kabinetts Reio nicht wenig gefördert.

Für die außerpolitische Lebenswelt zukunftsreichen Journalismusgeneration ist ein scharfes Wort bezeichnend, das ein unabhängiges Blatt in Tokio ausprobiert, ohne sich darum zu kümmern, daß die japanischen Nachbarn mit den hinter ihnen stehenden Mächten des Militarismus und der Bureaucratie vorläufig noch einen einhede absolutistisch-jüdischen Gewalt verüben: „Wir wollen in diesem Lande keine Diplomatie haben, die man „hart“ oder „weich“ nennen kann. Was das „hart“ Band verlangt, ist einfach „Diplomatie“, keine „harte“ Diplomatie.“

Die nächste Generation, das scheint festzuliegen, wird ein anderes Japan sehen als jenes des „alten Mannes“.

F. Ziesch,